



Auf der Grundlage der uns bekannten Fakten und nach intensiven Gesprächen mit den BürgerInnen stellt die BI in Kurzform ihre Kritikpunkte zur Erweiterung des Gefahrstofflagers im US-Depot Germersheim/Lingenfeld dar:

1 Die US-Army hat einen Freibrief für viele Stoffe beantragt. Wir fordern mehr Transparenz. Was soll wirklich gelagert werden?

Bei den ersten öffentlichen Vorstellungen der Erweiterungspläne wurde sowohl von Seiten der US-Army als auch von den verantwortlichen Kommunalpolitikern von „Baumarktmaterialien“ gesprochen. Dies steht in krassem Gegensatz zu den Ausführungen im Antrag, in dem explizit auch Gefahrstoffe der höchsten Klasse exemplarisch genannt werden. Dies allein begründet schon ein Misstrauen bezüglich der Absichten der US-Army als auch in die Beurteilungsfähigkeit der letztlich entscheidenden prüfenden Behörden und politischen Mandatsträger.

2 Wir können kein Vertrauen in die Arbeit unserer Behörden haben. Ohne die Bürgerinitiative und ihren Sachverstand wäre der Antrag einfach durchgelaufen.

Zwar erklärte sich die Landespolitik für nicht zuständig, aber auch sie sprach von „...vollständigen Unterlagen... von guter Qualität“. Dabei sind die Unterlagen nicht vollständig und fehlerhaft. Das bezeugen auch 49 qualifizierte Einwendungen. Die BI hat Zweifel, ob die Unterlagen überhaupt im Detail geprüft wurden.

3 De facto wird selbst 70 Jahre nach Ende des II. Weltkriegs versucht „Besatzungsrecht“ durch die US-Army auszuüben. Die aktuellen auch für die US-Armee geltenden Gesetze werden missachtet. Man verschanzt sich hinter Paragraphen und Gesetzen von 1950.

Die gesetzlich geforderten „Notfallpläne“ liegen bis dato nicht vor. Die US-Army hat kein Interesse an einem Gespräch mit den Bürgern und verweist auf die Behörden. Die zuständige Kreisverwaltung ist erst seit wenigen Wochen bereit, uns umfassende Einsicht in die Genehmigungsverfahren beim Auf- und Ausbau des Lagers zu geben. Die unseres Erachtens notwendige größtmögliche Transparenz im Verfahren ist nicht gegeben.

4 Konsequente Einbindung des militärischen Gefahrstofflagers in den kommunalen Katastrophenschutz.

Die Standortfeuerwehr der US-Army kann einen Vollbrand alleine nicht beherrschen. Die Heranführung von militärischen Feuerwehren aus Ramstein / Mannheim mit 40 Minuten Anfahrtsweg ist nicht hinnehmbar. Öffentliche Notfallpläne und Einbindungsabstimmungen sowie gemeinsame regelmäßige Übungen mit dem Gefahrstoffzug des Kreises Germersheim auf dem Gelände der US-Army sind zwingend erforderlich.

Können wir nach einer Evakuierung überhaupt in unsere Wohnungen zurückkehren?

5 Keinen Durchfahrtsverkehr von Gefahrguttransporten durch unsere Gemeinden.

Es gibt keine vorgeschriebenen An- und Abfahrtsrouten für die Spediteure und ihre Fahrer. Regelmäßig verfahren sich Transporter in unsere Wohngebiete. Selbst Durchfahrtsverbote werden ignoriert. Wir fordern die konsequente Überprüfung der Gefahrguttransporte durch das Bundesamt für Güterverkehr.

6 Gleiche Überwachung der militärischen Gefahrstofflager wie bei zivilen Gefahrstofflager.

Absolut unzureichend agiert das Bundesamt für Umweltschutz und Infrastruktur der Bundeswehr (BAIUSBw) als Überwachungsbehörde: Statt vorgeschriebener jährlicher Überprüfung fanden in den letzten 6 Jahren nur zwei Überprüfungen im Abstand von 4 Jahren statt. Überprüfungsergebnisse werden nicht transparent dargestellt. So gibt es immer noch keine Antwort des BAIUSBw zu der Überprüfung vom November 2017 bezüglich der Notfallpläne.

7 Keine Sonderregelungen für militärische Gefahrstofflager zum Nachteil der Bevölkerung. Gleiche Standards wie bei zivilen Gefahrstofflager.

Die BI fordert daher die Anwendung der Störfallverordnung und eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Dabei ist für uns der Status der US-Army in Deutschland unerheblich. Muss ein solches militärisches Lager überhaupt in einem dichtbesiedelten Raum betrieben werden? Wir fordern die konsequente Anwendung des geltenden deutschen Rechts.